



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Herbstsession des Nationalrates:

Hilfe für vergessene Branchen

Thürnen, 4. Oktober 2020

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen

Die Herbstsession fand wieder im Bundeshaus statt – unter etwas eigenartigen Bedingungen allerdings. Die Plexiglaskästen auf unseren Pulten waren unangenehm – doch wir müssen uns an diese Situation nun gewöhnen und sicherstellen, dass die Demokratie weiter arbeitet auch unter schwierigeren Bedingungen. Wenn es mir nach einem langen Tag mal etwas zu viel Plexiglas wurde, dachte ich an all die Menschen, die um ihre Existenz bangen. Besonders geärgert hat mich, dass Demonstranten den Bundesplatz während der Herbstsession besetzten und die eh schon leidenden Marktfahrer erheblich behindert haben. Ein solches Verhalten ist nicht tolerierbar. Nur um dies klar zu machen: Schweizweit sind rund 250'000 Menschen aus der Eventbranche nun mit existenziellen Fragen konfrontiert. Ich bin dann jeweils motiviert, Politik zu machen. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Covid-19-Gesetz: Soforthilfen verlängert (20.058)

Bis zur Herbstsession basierten die Corona-Kredite und -Regeln auf den Notverordnungen des Bundesrats. Mit dem Covid-19-Gesetz legitimierte das Parlament nun die vom Bundesrat getroffenen Massnahmen, setzte aber auch klare Leitlinien. Hätten wir dem Gesetz nicht zugestimmt, wären ein grosser Teil der finanziellen Soforthilfen für die Wirtschaft erloschen – mit entsprechend schlimmen Auswirkungen für die betroffenen KMU.

Der Nationalrat änderte die Vorlage des Bundesrats in wichtigen Punkten. Davon profitieren unter anderem die Selbständigerwerbenden. Nicht nur jene, die ihre Arbeit unterbrechen müssen, sondern auch jene, die darin eingeschränkt sind, haben künftig Anspruch auf Corona-Erwerbsersatz. Auf Antrag der FDP-Fraktion stimmte das Parlament zudem rückwirkend per 17. September der Verlängerung der EO-Entschädigungen zu. Besonders betroffen von den Einschränkungen sind die KMU der Event- und Reisebranche. Insbesondere Schaustellern und Marktfahrern entzogen die Corona-Massnahmen jegliche Verdienstmöglichkeiten. Der Bund soll nun jenen Unternehmen helfen, die vor der Corona-Krise finanziell gesund waren. Auch die Sportklubs werden vom Covid-Gesetz durch zinslose Darlehen künftig direkt profitieren.

National- und Ständerat beharrten auf ihrem Mitspracherecht – das ist sehr wichtig. Die Landesregierung wird in Zukunft das Parlament konsultieren müssen, bevor sie neue Verordnungen erlässt.

Zusätzliches Geld für die Bahninfrastruktur (20.044)

Insgesamt 14,4 Milliarden Franken, 1,2 Milliarden mehr als bisher, bewilligte der Nationalrat mit grossem Mehr zugunsten des Bahninfrastrukturfonds BIF für die nächsten vier Jahre. Der grösste Teil davon fliesst in den Unterhalt und die Erneuerung des Schienennetzes sowie der dafür notwendigen Bauten wie Brücken und Signalanlagen. Der Werterhalt war es denn auch, der die Mehrheit des Rates davon überzeugte, mehr Mittel in den BIF zu speisen.

Angesichts der grosszügigen Haltung des Parlaments gegenüber den Bahnbetreibern steht die Streichung von Kursen mangels Lokführern quer in der Landschaft. Der Volksentscheid zugunsten der S9 ist gefallen. Die SBB hat dies zu respektieren. Ich bin gespannt auf die Antworten auf meine Interpellation diesbezüglich.

99-Prozent-Initiative vernichtet Vermögen (20.032)

Mit der 99-Prozent-Initiative schiessen die Jungsozialisten einmal mehr weit übers Ziel hinaus. Sie verlangen, dass Kapitalerträge zu 150 Prozent zu besteuern seien. Als Kommissionssprecherin vertrat ich eine deutliche Mehrheit: Im Fall einer Annahme der Initiative würden Vermögen von über 100'000 Franken durch die zusätzlichen Steuern langsam, aber sicher vernichtet und umverteilt. Der Effekt wäre alles andere als gerecht. Schon heute bezahlen nur zehn Prozent der Bevölkerung fast 80 Prozent der Steuern. Anstatt mit sozialistischer Ideologie die Menschen gegeneinander auszuspielen, sollten wir die seit Jahrzehnten funktionierende Sozialpartnerschaft respektieren und pflegen.

Elektronische Steuererklärung nimmt erste Hürde (20.051)

In der WAK des Nationalrates haben wir die Vorlage des Bundesrates zur Schaffung eines elektronischen Steuerverfahrens nachgebessert. Die Kantone sind neu zum elektronischen Steuerverfahren verpflichtet. Ebenso soll die Einreichung zukünftig ohne persönliche Unterzeichnung auf dem Formular möglich sein. Auch eine Vereinheitlichung der Formulare konnten wir voranbringen. So kann mehr Effizienz in der Deklaration und eine Vereinfachung im Erstellen der Steuererklärung erreicht werden. Der Nationalrat hat diese Änderungen gutgeheissen. Das Geschäft geht nun in den Ständerat.

Revision Erbrecht (18.069)

Einigermassen komplex gestaltete sich die Vorlage des Bundesrates ins Sachen Revision des Erbrechts. In unzähligen Fällen regeln Ehepartner die Aufteilung ihres Nachlasses durch einen Ehe- und Erbvertrag in der Absicht, dem überlebenden Ehegatten mehr als die gesetzlich vorgeordnete Hälfte der Errungenschaft zuzuweisen, um diesem den gewohnten Lebensstandard zu sichern. Der Bundesrat wollte nun, dass die Errungenschaft bei der Berechnung der Pflichtteile der gemeinsamen Nachkommen ebenfalls zu berücksichtigen sei. Dies widerspricht der gelebten Praxis und dem Verständnis in der Bevölkerung. In unzähligen Gesprächen mit Erbrechtsanwälten und Treuhändern haben wir Argumente erarbeitet, damit das bisherige Recht bestehen bleibt. Der neue Artikel hätte zur Folge, dass sämtliche bereits abgeschlossenen Verträge überprüft und

gemäss neuem Gesetz angepasst werden müssten. Das Vertrauen in die getroffene Nachlassplanung in tausenden, ja sogar zehntausenden Fällen würde dadurch enttäuscht und der gerade im Ehegüter- und Erbrecht so wichtige Vertrauensschutz verletzt. Dank Lobbying bei den anderen Parteien haben wir nun im Nationalrat einen Etappensieg erreicht. Nun gilt es, den Ständerat zu überzeugen.

Quarantänepflicht versus Tourismus (20.5711)

Vom Bundesrat wollte ich zudem wissen, ob die Covid-Regeln mit den Nachbarstaaten abgeprochen werden, um keine einseitigen Wettbewerbsvorteile unserer Nachbarstaaten Österreich, Frankreich und Italien im Tourismusbereich zu provozieren. Die Antwort der Regierung ist nicht zufriedenstellend. Es werde zwar versucht, die Regeln innerhalb des Schengen-Raums abzustimmen. Bisher sei dies noch nicht erfolgt. Die von der Schweiz getroffenen Massnahmen sties- sen bei den Nachbarn aber auf Verständnis, zumal die Grenzregionen von der Quarantänepflicht ausgenommen seien. Ich habe daraufhin zusammen mit meinem Kollegen NR Olivier Feller eine Motion eingereicht, die den Bundesrat beauftragt, die Kriterien für die Aufnahme einer Region und die Konsequenzen für Reisende aus den betreffenden Staaten und Gebieten mit hohem Coronavirus-Infektionsrisiko in Absprache mit den Nachbarländern anzupassen (20.4206).

Arbeitsplätze sichern – Rezession abfedern – zusätzliche Schulden vermeiden (20.3960)

Die Bauwirtschaft hat in einem Fünf-Punkte-Programm festgelegt, wie sie Arbeitsplätze sichern und die Rezession abfedern will. Bauprojekte sollen so rasch als möglich ausgeführt, bestehende Baustellen uneingeschränkt weitergeführt werden. Mit meiner Interpellation will ich vom Bundesrat wissen, welche Bauprojekte der Bund als Bauherr vorantreiben, die Bewilligungsverfahren verkürzen, aber auch längerfristig als Stütze der Bauwirtschaft fungieren kann. Mit einer Antwort dürfen wir bis zur Wintersession anfangs Dezember rechnen.

Totalrevision CO2-Gesetz: Klimaschutz versus Zusatzkosten (17.071)

Nach drei Jahren sind wir endlich am Ziel. Die beiden Kammern einigten sich bei der Totalrevision des CO2-Gesetzes. Bis 2030 müssen wir unsere CO2-Emissionen gegenüber 1990 um die Hälfte reduzieren. Damit respektieren wir die beim Abkommen von Paris getroffenen Vereinbarungen.

Klar ist, dass das neue Gesetz unser Leben verteuern wird. Die Pflicht der Treibstoffimporteure, 15 bis 20 Prozent der CO2-Emissionen zu kompensieren, wird sich unweigerlich auf den Benzin- und Dieselpreis auswirken. Teurer dürfte auch das Heizen werden. Die CO2-Abgabe steigt von heute maximal 120 auf 210 Franken pro Tonne CO2, was beim Heizöl bis zu 50 Rappen pro Liter ausmacht. Spätestens ab 2026 wird es wegen der Emissionsvorschriften zudem kaum mehr möglich sein, eine Ölheizung einzubauen, weder als Ersatz noch in einem Neubau. Mit dem von der SVP angekündigten Referendum werden wir wahrscheinlich ein erstes Mal die Gelegenheit erhalten, über den Preis der Energiestrategie 2050 abzustimmen.

Die Corona-Pandemie wird uns wohl noch geraume Zeit beschäftigen. Umso wichtiger ist es, dass wir die Regeln auch weiterhin beachten. Ich bin froh, dass wir mit dem Parlament wieder aktiv auf die Arbeit des Bundesrates einwirken können – zu Gunsten der Menschen im Land, der Sicherung von Arbeitsplätzen und im Kampf gegen die Rezession.

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch